Editorial

Ohne ein Schwerpunktheft geplant zu haben, gibt es ein zentrales Thema, das die meisten der hier versammelten Beiträge bündelt: Integration und ihre Kehrseite, soziale Ausgrenzung. Dabei geht es einerseits um Integration und soziale Ausgrenzung in einem begrifflich-systematischen, analytischen Sinne, andererseits um Integration als soziale Grundlage von Demokratie und um soziale Ausgrenzung als deren Gefährdung. Das „Widerauftreten massenhafter Verwundbarkeit“ (Castel) im Übergang vom 20. ins 21. Jahrhundert und der damit zusammenhängende drohende „Zerfall der demokratischen Gesellschaft“ (Dubet/Lapeyroue) führten hierzulande anscheinend zunächst zu einer sozialwissenschaftlichen Wahrnehmungssperre, zumindest aber – bis auf wenige Ausnahmen – zu soziologischer Sprachlosigkeit. Deutschland ist auf Grund von sozialökonomischen und sozialpolitischen Bedingungen, aber auch auf Grund von innerakademischen Besonderheiten ein „Spätkommer“ (Kronau) in der Debatte. Das bestätigen auch die hier versammelten Aufsätze teils explizit (Geißler; Tucci), teils implizit mit Verweis auf Forschungslücken und analytische Leerstellen (Skrobanek; Alleweldt/Leuschner; Maschke). Die Beiträge nähren zugleich aber auch die von vielen geteilte Hoffnung, dass in der Verspätung eine Chance liegt: die Möglichkeit, von begrifflich-systematischen wie auch sozialpolitischen und -kulturellen Erfahrungen in anderen Ländern und Kontinenten zu lernen, vielleicht sogar drohende Sackgassen zu vermeiden. Das zufällige Entstehen dieses thematischen Schwerpunktes könnte allerdings auch ein Indikator dafür sein, dass die „Überflüssigen“, „Über-

zähligen“ und „Nutzlosen“ als „neue soziale Frage“ (Bude) längst von der Peripherie ins Zentrum gewandert und zunehmend in der Mitte unserer Gesellschaft zu finden sind. Sie sind mithin auch vom bundesrepublikanischen akademischen Diskurs kaum noch zu ignorieren. So gesehen, wäre es dann auch kaum noch überraschend, wenn sich Fachpublikationen quasi automatisch unter diesem thematischen Aspekt füllen und entsprechende Analyseperspektiven, Begrifflichkeiten und empirische Befunde zur Diskussion stellen.

Rainer Geißler stellt die Migrationsfrage in den Mittelpunkt seines Beitrages und will für einen adäquaten Integrationsbegriff sensibilisieren. Auf der Folie eines Vergleiches der deutschen, auf der Assimilationstheorie fußenden Migrationsdebatte mit der kanadischen, vom Multikulturalismus getragenen Einwanderungspolitik entwickelt Geißler ein programmatisches Konzept der „interkulturellen Integration“ von Migranten. In Auseinandersetzung mit der von Hartmut Esser entwickelten These, dass Integration letzten Endes nur durch Assimilation möglich sei, kommt Geißler auf der Grundlage seines idealtypischen Modells zu dem Schluss, dass Integration auf der Basis von „Einheit in Verschiedenheit“ möglich sei, mehr noch der „humanere Mittelweg zwischen Assimilation und Absonderung“ ist. Das Konzept der interkulturellen Integration betont „das Miteinander, den Austausch, das Gemeinschaftliche“; es ist an „aktive Akzeptanz“ gebunden, die dreierlei meint:

1. Die Akzeptanz der „Aufnahmegesellschaft“, dass es das Faktum einer notwendigen Einwanderung gibt (ökonomische und

demographische Gründe im Aufnahmeland, zum Teil auch humanitäre Verpflichtungen); 2. Die Akzeptanz der Notwendigkeit, die Migranten sozialstrukturell wie interkulturell zu integrieren;

3. Die Akzeptanz der Notwendigkeit kollektiver aktiver Förderung der Integration.

Diesem normativen Modell der interkulturellen Integration steht das in der Tradition der französischen Debatte stehende Konzept der konfliktuellen Integration von Ingrid Tucci zum Teil entgegen. In Frankreich gehören seit den 1980er Jahren Konflikte mit einem ethnischen Hintergrund zur Alltagsrealität. In Deutschland sind ähnlich gelagerte Konflikte bisher nicht zu beobachten. Tucci fragt am Beispiel türkischer Immigranten in Deutschland und maghrebischer in Frankreich, ob die vergleichsweise bessere soziale Lage der türkischen Immigranten dieses Phänomen erklärt. Auf erhellende Weise zeigt sie, dass sozialstrukturelle Unterschiede zur Erklärung nicht hinreichen, sondern die Erklärung im jeweiligen (nationalen) Integrationsmodell zu suchen ist. Sie arbeitet daher zunächst den institutionellen Kontext der in beiden Ländern verfolgten Politik der Integration heraus. Frankreich betreibt eine „Assimilationspolitik, die auf der Logik der Gleichheit“ basiert. Die deutsche Integrationspolitik hingegen habe eine klare Trennung zwischen Bürger und „Ausländer“ institutionalisiert, die über eine Integrationspolitik, die als „minderheitsanerkennend“ zu charakterisieren ist, harmonisiert werde. Damit sei es in Deutschland möglich, eine gezielt auf ethnische Minderheiten gerichtete „Integrationspolitik“ zu betreiben, während das französische Gleichheitsprinzip es verunmögliche, „die Integration der Kinder der zweiten und dritten Generation von Zuwanderern, die die französische Staatsbürgerschaft haben und dementsprechend keine Sonderbehandlung genießen dürfen, durch gezielte Maßnahmen zu fördern.“ Auf Grund der Einbürgerungspraxis in Frankreich verfügen Zuwanderer und insbesondere deren Kinder über eine bessere (bildungs-)politische Opportunitätsstruktur als die türkische Bevölkerung in Deutschland, die von (bildungs-)politischer Partizipation weitgehend ausgeschlossen ist. „Protest wäre angesichts dieses Kontextes eher von Seiten

der türkischen Bevölkerung zu erwarten“. Warum dieser in Deutschland bisher weitgehend ausbleibt, sich in Frankreich aber trotz formaler Gleichheit weiter zuspitzt, wird durch die Auswertung von Daten des Sozio-Ökonomischen Panels und des Europäischen Panels empirisch geprüft. Dabei kommt Tucci zu interessanten theoretischen Schlussfolgerungen, die zur hiesigen Integrationsdebatte quer stehen: Die Konflikte in Frankreich sind Ausdruck zweier Arten von Diskriminierung: „Migranten und ihre Kinder haben im französischen System auf Grund der strikten Ablehnung von Partikularismen kein Recht auf Differenz“, zugleich verhindere die sozialstrukturelle Deprivation „eine effektive soziale und ökonomische Integration“. Gegen beide Arten von Diskriminierung setzen sich die Jugendlichen massiv zur Wehr, zumal Gleichheit ihr Referenzrahmen ist. Die Lage der jungen Türken in Deutschland hingegen ist – wenn auch auf Kosten der politischen Integration – durch Anerkennung der kulturellen Differenz gekennzeichnet. Das ermögliche ihnen, sich als „positive Individuen“ zu konstituieren, zumal die „Schwächsten von ihnen vom deutschen Wohlfahrtssystem relativ gut aufgefangen“ werden. Begreift man allerdings mit Tucci Konflikte als eine „catalytic function“, könnten die sozialen Unruhen in Frankreich nicht nur das sein, was Deutschland erst noch bevorsteht, sondern Modus tatsächlicher Integration. So lässt sich auch der Aufsatz von Fabien Jobard lesen, der mit den Mitteln der „micro-storia“ auf spannende Weise den Prozess der politischen Mobilisierung von Jugendlichen in den Plattenbausiedlungen des Pariser Vorortes Dammarie-lès-Lys beschreibt.

Der Beitrag von Alleweldt/Leuschner führt zu marginalisierten Jugendlichen in Deutschland, deren Lebensmittelpunkt die Straße ist. Hier wird „Exklusion“ in der Logik des negativen Verstärkereffekts transparent gemacht: Krisenhafte Zuspitzung innerfamiliärer Belastungen, die die Jugendlichen in ihrem Elternhaus erfahren, räumliche Ausgrenzung, Ausgrenzung vom Arbeits- und Bildungsmarkt, Ausgeschlossenheit von regulären Lebensstandards bedingen und verstärken sich und führen schließlich in die soziale Isolation. Die „Hinwendung zur Straße“

und zu Straßenfreundschaften wird zum positiv besetzten Lebensstil, zum Freiraum eigener Lebensvorstellungen der ausgegrenzten Jugendlichen und zur Strategie ihrer angstbesetzten Überlebenssicherung.

Skrobanek, der mit seinem Beitrag den thematischen Bogen dieses Heftes abschließt, geht dem integrativen Moment europäischer Zugehörigkeit nach. Mittels der gruppensoziologischen Theorie der sozialen Identität von Henri Tajtel und auf der Grundlage einer repräsentativen Umfrage bei 1457 ostdeutschen Jugendlichen wird geprüft, ob eine europäische Identität negative Einstellungen gegenüber Ausländern und die Akzeptanz von Gewalt abschwächt.

In den letzten beiden Artikeln des Heftes geht es um institutionentheoretische Perspektiven. Geppert/Matten/Schmidt zeigen die Bedeutung institutionalistischer Ansätze für das Verständnis von Organisations- und Ma-

nagementprozessen in multinationalen Unternehmen auf; Maschke strukturiert in institutionstheoretischer Perspektive das (Analyse-)Feld der Behindertenpolitik. Beide Aufsätze vermitteln auf fundierte und systematische Weise den jeweiligen Stand der Forschung und arbeiten praxisrelevante Forschungsdefizite heraus, die – insbesondere gilt das für das Feld der Behindertenpolitik – enorm sind. Unterschiedliche nationale Policymixe im Feld der Behindertenpolitik führen zu unterschiedlichen Partizipationsmöglichkeiten behinderter Menschen in den Lebenslagen Einkommen, Arbeit, Wohnen, Erziehung, Bildung und Mobilität sowie einem unterschiedlichen Umgang mit der Gefahr der Diskriminierung – womit wir wieder beim Thema wären: Integration und ihre Kehrseite – soziale Ausgrenzung.

Hildegard Maria Nickel